

Schriftliche Frage Nr. 235 vom 21. Februar 2022 von Frau Stiel an Herrn Minister Antoniadis zum Thema „Mentale Gesundheit“¹

Frage

Kein Tag vergeht, an dem in den Medien nicht wieder über die schlechte mentale Gesundheit der belgischen Bevölkerung gesprochen wird und man könnte fast meinen, dass man nach 2 Jahren Krise langsam erkennt, was man den Menschen angetan hat und wovor wir zu Beginn der Krise gewarnt haben.

Nun titelte das GrenzEcho am 18.2.22: Krise der psychischen Gesundheit ist „tickende Zeitbombe“.

Ich zitiere: Die psychische Gesundheit sei, wenn sie nicht angemessen versorgt wird, eine „tickende Zeitbombe“, warnt der Hohe Gesundheitsrat (HGR) in einem neuen Gutachten nach zwei Jahren Coronakrise. Der wissenschaftliche Beirat fordert die Politik auf, nachhaltig in die psychische Gesundheit zu investieren, denn auch nach Überwindung der Coronakrise würden psychische Probleme fortbestehen.

Die Vivant-Fraktion hat in der Vergangenheit oft darauf hingewiesen, dass insbesondere junge Menschen, überlastetes Gesundheitspersonal, chronisch Kranke, alte und in Armut lebende Menschen die größten Verlierer sein werden. Vergessen darf man all jene nicht, die seit 2 Jahren um ihren Job bangen mussten und müssen.

Da das Angebot an psychosozialer Versorgung schon vor der Krise spärlich ausfiel, kommt die Regierung nun ins Schleudern.

Laut dem HGR sei das Angebot an psychosozialer Versorgung nach wie vor schwer zugänglich, weil es an Betreuungsplätzen mangelt und Ungleichheiten, die gezielte Betreuung erschweren, d.h. nicht immer diejenigen, die sie am meisten brauchen, nehmen die Angebote in Anspruch. Daher will man Triageprotokolle einführen.

Wir zitieren weiter aus dem GrenzEcho:

Generell sollte die psychische Gesundheit ein integraler Bestandteil der Gesundheitsstrategie sein, insbesondere durch eine bessere Überwachung bestimmter Indikatoren wie Alkoholismus und häuslicher Gewalt. Neben einer positiveren Kommunikation empfiehlt der Rat den Gesundheitsministern des Landes, den Sozialschutz zu fördern und die Rolle der (Rückkehr in die) Beschäftigung anzuerkennen.

Der HGR rät auch dazu, die Trauer anzuerkennen, anstatt sie mit Medikamenten zu „behandeln“, denn während des Lockdowns mussten viele unter außergewöhnlichen Umständen Abschied von Verstorbenen nehmen.

Auch auf dieses Problem wiesen wir schon im Mai 2020 hin und appellierten an die Menschlichkeit und Besonnenheit der Entscheidungsträger. In einer funktionierenden Demokratie sollte Eigenverantwortung der Bürger groß geschrieben werden. Den Bewohnern und Angehörigen sollte ein Mitspracherecht gegeben werden, denn jeder hat das Recht auf Selbstbestimmung in der letzten Phase des Lebens und jeder hat das Recht darauf in Würde zu leben und auch in Würde zu sterben. Dieses Recht wurde den Bürgern aberkannt.

Eine Aussage des HGR ist sehr interessant: „Politiker neigen dazu, Ihre Bemühungen einzustellen, wenn sich die Situation zu verbessern scheint.“

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

Die Zeit der Pandemie ist jedoch nicht die Zeit der psychischen Gesundheit. So explodierte die Anzahl Sprechstunden beim Psychiater erst im März 2021, also ein Jahr nachdem das Virus in Belgien angekommen war. Paradoxerweise neigte sich die Kurve der Selbstmorde in Krisensituationen zudem nach unten, um wieder anzusteigen, als die Pandemie ihren Griff lockerte. „Es ist nie zu spät für Prävention“ und jeder Euro, der in die psychische Gesundheit investiert werde, schaffe auch Wachstum, schlussfolgert Luminet.

In diesem Kontext lauten meine Fragen an Sie:

- 1) Wie ist der Stand der Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen in der DG am Arbeitsplatz (in den Wohn- und Pflegezentren, sowie in den Institutionen der DG – Bereich Soziales)?
- 2) Laut dem HGR sollen Triageprotokolle eingeführt werden, um gefährdete Personen proaktiv zu identifizieren und sie nach dem ersten Gespräch besser weiterzuleiten. Wird es dieses Triageprotokoll zukünftig geben? Wenn ja, wann? Wenn nein, weshalb nicht?
- 3) Wie werden die zehn ausgearbeiteten Schritte des HGR "für den Weg zu einer neuen Normalität" in der DG umgesetzt?
- 4) Wie sehen die zehn Schritte zur neuen Normalität genau aus?
- 5) Wie wird in der DG zukünftig eine bessere Überwachung bestimmter Indikatoren wie Alkoholismus und häusliche Gewalt sichergestellt?
- 6) Der HGR empfiehlt den Gesundheitsministern des Landes, den Sozialschutz zu fördern und die Rolle der Rückkehr in die Beschäftigung anzuerkennen. Wie wird dies in der DG sichergestellt?
- 7) Der Minister ist nicht für die Medikamentenvergabe zuständig. Wie können Sie als Minister für Gesundheit und Prävention einen positiven Einfluss nehmen, Trauer weniger mit Medikamenten zu behandeln?
- 8) Wie viel wird in der DG letztendlich für die psychische Gesundheit investiert?
- 9) Wie viele Suizide gab es in den letzten 5 Jahren in der DG? Bitte Todesfälle pro Jahr und pro Altersgruppe auflisten.

Antwort, eingegangen am 31. März 2022

1.) Die Gesundheit am Arbeitsplatz ist eine föderale Zuständigkeit. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft können hier aber auch Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung eingereicht werden (Ostbelgien Live - Gesundheitsförderung).

2.) bis 6.) Das Gutachten des Hohen Rates für Gesundheit wird, wie es auch in anderen Bereichen gehandhabt wird, in die Überlegungen im Bereich der mentalen Gesundheit mit den betroffenen Akteuren miteinbezogen. Das hier angesprochene Gutachten betrifft den gesamten Bereich der mentalen Gesundheit und wird demnach auch ganzheitlich analysiert.

7.) Als Minister für Gesundheit ist es mir wichtig, die verschiedenen Akteure dabei zu unterstützen, dass die Kommunikationswege untereinander und der Informationsfluss untereinander bestmöglich verlaufen. Denn nur so können auch Sensibilisierungsaktionen Erfolge erzielen. Ich bin der Meinung, dass hier der Dekretentwurf des Beirates für Gesundheit, der dem Parlament bald vorgelegt wird, sowie das REK-Projekt zur mentalen Gesundheit einen klaren Mehrwert darstellen werden.

Ich möchte aber auch hier kurz anmerken, dass jede Form der Behandlung mit der individuellen Situation der Person in Verbindung steht. Hier können zwar Sensibilisierungsaktionen geleistet werden, nichtsdestotrotz verfügt aber jeder Gesundheitsdienstleister über seine Expertise, die man nicht vergessen darf.

8.) Die Informationen zu dem Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie dessen Investitionen liegen dem Parlament vor und werden zudem regelmäßig in den Haushaltsdebatten besprochen und transparent kommuniziert.

Auch hängt dies davon ab, wie man „psychische Gesundheit“ definiert: Denn die mentale Gesundheit betrifft verschiedene Bereiche (Sportangebote, Erwachsenenbildung, Krankenkassenangebote, Schulwesen, Akutversorgung, Langzeittherapie, ...).

9.) Diese Frage wurde bereits in der Antwort zur schriftlichen Frage 227 beantwortet.